

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidiums Leipzig und des Stadtrats zu Großsch.

Bezugspreis mit Illustr. Beilage Post und Zeit für einen Monat einisch. Bringerlohn 2.— Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post 2.— Mark ohne Bestellgeld. — Einzelnummer 10 Pfg. — Telefon Sammelnummer 72206	Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telephon 72206. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 72206	Anzeigenpreise: Die Tageszeit. Kolonelle 30 C. Pfg., bei Platzvorrat 35 C. Pfg. Familiennachrichten von Privatden die Tages. Kolonelle 15 C. Pfg., Kolonelle 1.50 Goldm., Anzeig. v. ausw.: die Tages. Kolonelle 35 C. Pfg., bei Platzvorrat 40 C. Pfg., Kolonelle 1.75 Goldm. Annahme bis 9 Uhr vorm.
---	--	---

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Postämter, unsere Zweigbüchereien und alle Postanstalten entgegen

Das Kabinett Painlevé.

Die Situation in Frankreich.

Von André Pierre.

Paris, den 20. April.

Selten ist in Frankreich eine schwierigere und verwickeltere Krise erlebt worden, als die, die durch den Rücktritt des Kabinetts Herriot eingeleitet wurde. Selten waren die Leidenschaften in einem solchen Ausmaße entfesselt. Der Grund ist einfach. Der Konflikt ist in seinem Wesen finanzieller und sozialer Natur, das Problem ist, wer in Frankreich die Lasten der Budgetfinanzierung zu tragen hat und welches die Gesellschaftsklassen sein sollen, die die meisten Opfer zur Wiederherstellung einer gesunden Währung und zur Herabsetzung der unerschwinglichen Staatsschulden zu bringen haben. Freilich lehnen es die bestehenden Klassen in jedem Lande ab, auf einen Teil ihres Reichtums zu verzichten. Aber ganz besonders ist dies in Frankreich der Fall, die Steuerhinterziehung ist hier zu einer der Tugenden der bürgerlichen Moral geworden.

Der finanzielle und soziale Konflikt hat in der parlamentarischen Ebene die Form eines Konfliktes zwischen Kammer und Senat angenommen und der Senat, die Körperschaft, die auf Grund eines beschränkten Wahlrechtes gewählt wird, ist nicht dazu zurückgeschreckt, ein Kabinett zu kürzen, das das Vertrauen der aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgegangenen Kammer genos. Diese Tatsache war außerordentlich schwerwiegend und in gewisser Hinsicht einzigartig. In der parlamentarischen Chronik erinnert man sich nur eines einzigen ähnlichen Falles, wo im Jahre 1913 ein Kabinett Briand auf ein Misstrauensvotum des Senats hin zurücktreten mußte. Und wenn man den anerkannten Kommentatoren unserer veralteten Verfassung, die seinerzeit als ein Werk der Monarchisten und nicht der Republikaner galt, Glauben schenken soll, so gebührt der Kammer allein das Recht, Ministerien zu machen und zu stürzen. Dies ist die Auffassung, die seit jeher von Gambetta, Crépey und Léon Bourgeois vertreten worden ist. Herriot hätte sich also auf diese parlamentarische Tradition berufen können, um im Amte zu bleiben. Wenn er trotzdem einsichtig genug war, zurückzutreten, so hatte er offenbar begriffen, daß sein Kabinett, wenn nicht verfassungsmäßig, so doch moralisch gezwungen war, neuen Männern Platz zu machen.

Das Kabinett war im übrigen schon durch verschiedene Zwischenfälle in seiner Grundlage erschüttert. Wir meinen den Studentenstreik aus Anlaß der Absetzung des Dekans der rechtswissenschaftlichen Fakultät in Paris und den Rücktritt des Finanzministers Clemenceau, um nur zwei Tatsachen unter vielen zu nennen. Auf der anderen Seite ist in mehreren Abstimmungen im Senat die Regierung bereits vorher in der Minderheit gewesen, ohne daß sie die Vertrauensfrage gestellt hätte, und selbst in der Kammer sah man die treue Mehrheit des Linkskartells infolge der Abspaltung eines Teiles der radikalen Linken zusammenschmelzen. Das Kabinett fühlte sich zu Tode getroffen und wollte sein Dasein nicht künstlich verlängern, indem es in der Kardinalfrage der Finanzreform sich über das Misstrauen des Senats hinwegsetzte. Es hat daher gut getan, zu verschwinden.

Die einzelnen Etappen der Krise, die sich durch sechs Tage hindurchzog und zur Bildung des Kabinetts Painlevé geführt hat, brauchen nicht im einzelnen erneut geschildert zu werden. Es genügt, wenn man nur auf eine Episode verweist, auf den Versuch des Renegaten Briand, durch ein bösesartiges Manöver den Sozialisten den Eintritt in die Regierung anzubieten. Der Nationalrat der Partei war einstimmig in der Ablehnung dieses herausfordernden Angebots: Briand mußte feststellen, daß sein Manöver mißlungen und daß er nicht der Mann war, eine Spaltung in unseren Reihen zu provozieren. Die Umstände, unter denen das Kabinett Painlevé entstand, sind gleichfalls hinreichend bekannt. Painlevé legt Wert auf die Aktionsfähigkeit der Sozialistischen Partei, er hat deshalb darauf verzichtet, das Manöver von Briand zu wiederholen und die Differenzen zwischen den Anhängern und Gegnern einer Regierungsbeteiligung in unseren Reihen zu verschärfen. Indem er sich darauf beschränkte, die Unterstützung der Sozialistischen Partei, die seinem Vorgänger im Amt zuteil geworden war, auch für sich in Anspruch zu nehmen, konnte er nach Überwindung einiger Schwierigkeiten auch die Gegensätze zwischen Briand und Caillaux ausgleichen, um so ein Linkskabinett bilden zu können.

Dieses zweite Kabinett der Kammer des 11. Mai ist freilich ein Kabinett des Linkskartells, und man hat sich wohl Mühe gegeben, alle Gruppen des Kartells in ausreichendem Maße an ihm teilnehmen zu lassen. So gehören dem Kabinett an: sieben Radikalsozialisten, vier Republikanische Sozialisten, zwei Abgeordnete der Radikalen Linken, vier Senatoren der Demokratischen Linken und ein Senator der Demokratischen und Radikalen Vereinigung, während Caillaux, der gegenwärtig keiner der Kammern angehört, als Mitglied der Radikalsozialistischen Partei bekannt ist. Dem Scheine nach haben wir also ein Kabinett, das zum mindesten ebenso demo-

kratisch ist, wie das Kabinett Herriot. Aber hinter dieser Fassade verbirgt sich ein zerbrechliches Gebäude, und keiner glaubt, daß das Kartell, wie es bis jetzt existierte, aus der Krise gefestigt hervorgeht.

Das Kabinett Painlevé ist schon deshalb leicht zerbrechlich, weil ihm drei frühere Ministerpräsidenten, drei bedeutende Persönlichkeiten angehören, deren inner- und außenpolitisches Programm in der Vergangenheit nie übereingestimmt hat. Um der höheren Interessen des Landes willen haben Briand und Caillaux auf den Austrag der alten Gegensätze verzichtet. Muß aber nicht befürchtet werden, daß bei dem geringsten Zwischenfall die alten Leidenschaften wieder erwachen? Da das Finanzproblem, alles beherrschend, im Vordergrund steht, wird offenbar Caillaux die tonangebende Persönlichkeit im Kabinett sein, was seinem herrschaftlichen Temperament sehr wohl entsprechen mag. Aber die finanzielle Diktatur, die er für sich erstrebt, wird die Eintracht im Schoße des Kabinetts auf die Dauer nicht ermöglichen. Weiterhin ist das neue Kabinett auch deshalb in Gefahr, weil das Linkskartell, die gestrige Parlamentsmehrheit, nicht mehr das ist, was es ehemals war. Die Gruppe der Radikalen Linken wird durch heftige Gegensätze zerrissen, und sie hat es vorläufig bereits verhindert, daß Louchet und ein anderes ihrer Mitglieder in das neue Kabinett eintreten. Wie ist auf der anderen Seite die Einstellung der Sozialisten?

Seit dem Regierungsantritt Herriots hat die Unterstützungspolitik ohne besondere Reibungen funktionieren können. Herriot besaß zweifellos besondere Sympathien innerhalb unserer Partei und konnte im kritischen Augenblick immer auf die aufrichtige Freundschaft des Genossen Leon Blum rechnen. Heute kann man sagen, daß der Nimbus der Linkregierung zerstört ist. Sicher besitzt Painlevé die Achtung der Sozialisten, und auch die Zugehörigkeit Briands zum neuen Kabinett wird unsere Haltung schwerlich beeinflussen können, weil er keine andere Außenpolitik wird treiben können als sein Vorgänger. Aber die Schwierigkeiten werden sofort in dem Maße einsehen, wie das Kabinett Painlevé sich ein Kabinett Caillaux wird behaupten wollen.

Caillaux, das Opfer Clemenceaus, haben wir aufrichtig und vielleicht tapferer und mutiger verteidigt als es seine engeren Parteifreunde taten. Aber Caillaux, der Finanzminister, stößt den Sozialisten die größten Befürchtungen ein. Seit seiner Rückkehr in das politische Leben hat er wiederholt zu versichern gegeben, daß er grundsätzlicher Gegner einer jeden Kapitalabgabe sei, und es ist kein Zweifel daran, daß er sich jenen Gedankengängen nicht anschließen wird, die Ge-

nosse Blum im Namen der Partei in einem Briefe an Herriot, datiert vom 25. März, zum Ausdruck brachte. Alles was er seit seinem Amtsantritt sagte, ist geeignet, die Kapitalisten im Angesicht der sozialistischen Gefahr in ihrem Selbstbewußtsein zu stärken und ihm, dem Finanzminister, das Vertrauen der Banken und des Großkapitals zu sichern. Ist es nicht bezeichnend, daß die sensationelle Wiederkehr dieses Mannes, dessen Name allein gestern noch den wütendsten Haß entfammen konnte, keinerlei Wutausbrüche bei einem solchen Organ des Nationalismus, wie etwa dem Temps, gereizt hat? Dieses Leitorgan der französischen Großbourgeoisie erinnert nur in verschleierte Ausdrücken an die seinerzeitige Verteilung Caillaux' durch den Senat und bezieht sich, ihm in den folgenden Worten die Entlastung zu erteilen. „Wenn die Taten von morgen die Worte von gestern bestätigen werden, wird man ihm Dank dafür wissen, daß er den finanziellen Horizont von den schweren Gewitterwolken einer Kapitalabgabe befreit, die die Sozialisten zu fordern sich anmaßen.“

Der Temps überläßt es den ultranationalistischen Mäthern vom Standa! und von der Provokation zu schreiben, die in der Rückkehr des „Deutschenrenners“ und „Defaitisten“ besteht. Viel weisichtiger als diese Revolverblätter, sagt sich der Temps, daß dieser Mann, der schon seinerzeit von Briand als der „demagogische Plutokrat“ bezeichnet wurde, zu einem Verteidiger der Autokratie und der Geldschränke der Besitzenden gegen alle sozialistischen Angriffsversuche werden wird. Er erwartet, daß der neue Finanzminister den Radikalen Renaudets, das Geld dort zu nehmen, wo es zu haben ist, verwerfen und dem Einfluß, den Leon Blum, die „rote Exzellenz“, auf Herriot ausübte, Einhalt gebieten wird.

Ist unter solchen Umständen das Kabinett Painlevé lebensfähig? Zur Zeit wird es noch vom Bloc National feindselig empfangen; auf der anderen Seite wäre es aber ein Wunder, wenn es auf die uneingeschränkte Unterstützung aller vier Gruppen des Kartells, die die Existenz der Regierung Herriot im Laufe von zehn Monaten gesichert haben, rechnen könnte. Die Zukunft des Kabinetts ist ungewiß. Sie hängt von den politischen Infiltrationen entscheidend ab, die die Gemeinbewähler am 3. Mai geben werden. Die glücklichen Tage des Linkskartells sind vorüber und die Unterstützung der Sozialisten wird nur noch unter zahlreichen Vorbehalten dem neuen Kabinett wird gewährt werden können. Innerhalb unserer Partei wird erwartet, daß der entscheidende Anstoß von der Rechten ausgehen wird, und man ist der Meinung, daß die bürgerlichen Parteien befreit sind, eine Gleichgewichtsverschiebung innerhalb der Kammermehrheit zu erzielen, eine Verschiebung, die es erlauben würde, den Konflikt zwischen Kammer und Senat zu beseitigen und die sozialistischen Gefahren auf finanziellen Gebiet zu bannen. Ist nicht immer und überall die Furcht der Bourgeoisie vor dem Sozialismus der Anfang aller Weisheit gewesen?

Die französische Regierungserklärung.

Painlevés Programm.

Sicherheitsfrage und Finanzierung.

EPD. Paris, 21. April.

Ein Teil der französischen Presse glaubt noch am Dienstagmorgen zu verfahren zu können, daß die Regierungserklärung des Ministeriums Painlevé weitgehende Zugeständnisse an die Opposition enthalten werde. Tatsache ist aber, daß das Programm, mit dem sich das Ministerium Painlevé am Dienstag den beiden Häusern des Parlaments vorgestellt hat, ein demokratisches Programm im besten Sinne des Wortes ist, das sich mit Ausnahme des Streites um die Gesundheitsfrage am Balkan und der Einführung der französischen Gesetzgebung in Elsaß-Lothringen restlos die Grundzüge der Politik Herriots zu eigen macht.

Die Erklärung weist in ihrer Einleitung auf die beiden Hauptprobleme hin, deren Lösung sich das Ministerium zum Ziele gesetzt hat: die Sicherheitsfrage und die Sanierung der Finanzen. Daß Frankreich sieben Jahre nach einem gewonnenen Kriege sich noch mit Schwierigkeiten dieser Art herumzuschlagen habe, sei gewiß eine schwere Enttäuschung, aber das Kabinett halte es für seine Pflicht, den Tatsachen offen ins Auge zu sehen. Die Hoffnung, volle Wiedergutmachung für alle erlittenen Schäden zu erhalten, die an der Realität der Dinge gescheitert sei, habe die früheren Regierungen manche vorteilhafte Lösung ablehnen lassen, die jeder neue Ausschub nur verringert habe. Inzwischen habe das französische Volk, der ewigen Verstrickungen müde, seinen souveränen Willen dahin kundgegeben, daß es den Frieden und die Sicherheit auf dem Wege der Achtung der Verträge und die Festigung der Wirtschaft durch Gerechtigkeit auf dem Gebiete der Steuer- und Finanzpolitik wolle. Diese Forderungen, die die letzte Meinungsäußerung der Wählerschaft zum Ausdruck gebracht habe, seien die Richtlinien für die Politik des vorangegangenen Ministeriums gewesen; sie würden auch für die Politik des neuen Kabinetts richtunggebend sein. Für ihre Verwirklichung rechne die Regierung auf die Mitwirkung aller Bürger, denen das nationale Interesse über der Partei und dem eigenen Vorteil stehe.

Über die auswärtige Politik des neuen Kabinetts heißt es in der Regierungserklärung: In den bevorstehenden internationalen Verhandlungen wird die Regierung in erster Linie die weitere Durchführung des Dawes-Planes und die Regelung des

Problems der internationalen Schulden anstreben. Daraus hinaus wird es ihr oberstes Ziel sein, die Garantien für den Frieden und die Sicherheit zwischen den Völkern zu verfestigen, die noch vor kurzem hart und tauber in der Feuerlinie einander gegenüberstanden haben. In unentwegter Treue gegenüber allen seinen Verbündeten, gerecht und friedlich gegen alle Völker, hat Frankreich den aufrichtigen Wunsch, dazu beizutragen, der Welt den Frieden und die Ruhe zu geben, deren diese so notwendig bedarf. Die erste Bedingung für einen dauerhaften Frieden sei allerdings, daß Frankreich selbst in Sicherheit leben könne. Sicherheit, Schiedsgerichtsbarkeit und Entwaffnung, das seien die drei Hauptpfeiler, auf denen das Genfer Protokoll, der erste Entwurf eines großen internationalen Friedensvertrages, aufgebaut sei. Die neue Regierung werde an diesen drei Grundfragen festhalten mit dem doppelten Ziele, einmal das Einvernehmen mit denjenigen Nationen aufrechtzuerhalten, die im Kriege Verbündete Frankreichs gewesen sind, dann aber in vollem Einverständnis mit dem von allen ehemaligen Frontkämpfern ausgesprochenen Wunsche, das Werk, die Autorität und die Organisation des Völkerbundes zu entwickeln, diesem den Beitritt aller Staaten zu sichern und so die Wiederherstellung der Nationen vorzubereiten, ohne die gesamte europäische Zivilisation zugrunde zu gehen drohe. Die glückliche Lösung dieses außenpolitischen Problems werde in weitestgehendem Maße die von dem Lande geforderte Entlastung der militärischen Lasten begünstigen, deren Verwirklichung die Regierung mit vollem Nachdruck betreiben werde.

Das Finanzprogramm enthält an erster Stelle das formale Versprechen, daß der Haushaltsplan für das Jahr 1925 durch Streichung aller überflüssigen Ausgaben ins volle Gleichgewicht gebracht werde und der Anleihepolitik ein für allemal ein Ende gemacht werden soll. Die Regierungserklärung spielt sodann auf die Krise der augenblicklichen Krise an und gibt der Überzeugung Ausdruck, daß es der Regierung gelingen werde, sie mit Hilfe des Parlaments und des Landes zu überwinden. Erst dann werde die endgültige Finanzreform in Angriff genommen werden können, die neue schwere Opfer von allen fordern werde. Bestimmte Angaben über die Absicht der Regierung auf diesem Gebiete enthält die Erklärung nicht; sie beschränkt sich auf einen Appell an die Gerechtigkeit und Mitwirkung aller Schichten bei dem unaußweichbaren Sanierungswerk, das die Regierung im Geiste demokratischer Steuergerechtigkeit vorbereite.